

Bezugsgebühr:
Wochenschrift 3 Mk. 50 Pf. 12 Stk. 36 Mk.
Halbjährlich 18 Mk. 50 Pf. 6 Stk. 18 Mk.
Jahresgebühr 36 Mk. 50 Pf. 12 Stk. 36 Mk.
Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich (Sonntags und an Feiertagen ausgenommen) von 6 bis 12 Uhr Mittags. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pf. pro Stück. Die Abnehmer erhalten die Zeitung durch eigene Boten oder durch den Postboten. Die Zeitung wird auch an den Abnehmer durch den Postboten geliefert. Die Zeitung wird auch an den Abnehmer durch den Postboten geliefert. Die Zeitung wird auch an den Abnehmer durch den Postboten geliefert.

Dresdner Nachrichten

Anzeigen-Carif.
Einnahme von Anzeigen
Die Anzeigen werden in der Zeitung an den Stellen, die durch den Redakteur bestimmt sind, veröffentlicht. Der Preis für die Anzeigen wird nach der Anzahl der Zeilen und der Dauer der Veröffentlichung berechnet. Die Anzeigen werden in der Zeitung an den Stellen, die durch den Redakteur bestimmt sind, veröffentlicht. Der Preis für die Anzeigen wird nach der Anzahl der Zeilen und der Dauer der Veröffentlichung berechnet.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 **J. M. Korschatz**, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarisirte und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. I. Et.
Beleuchtungsgegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Blutreinigungsthee
zur Aufreicherung des Blutes und Reinigung der Säfte, bewirkt reichlichen und schmerzlosen Stuhlgang, zu jeder Jahreszeit anzuwenden. Packet 1 Mark.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Reisedecken in grossartiger Auswahl von 8 bis 125 Mark
Wagendecken Plaiddecken Herren-Pläids Damen-Pläids empfiehlt **Robert Kunze, Altmarkt, Rathhaus.**

Nr. 336. Spiegel: Innerpolitische Lage, Hofnachrichten, Stadtverordnetenwohlen, Gewerbelegislationen, Gerichtsverhandlungen, Echlischer Kunstverein, Weihnachtschau, **Rathmögliche Witterung: Strenger Frost.** **Freitag, 5. Dezember 1902.**

Wochenabonnements zu 25 Fig.
beginnen mit jeder Sonnabend-Nummer und müssen daher bei der Hauptgeschäftsstelle, einer der Annahmestellen einem Austräger oder Kommissionär spätestens bis Freitag Mittag bestellt werden.

Zur innerpolitischen Lage.

Der Kernpunkt der innerpolitischen Situation liegt in der Frage, ob der kategorische Imperativ der Pflicht, von dem Kaiser Wilhelm in Görlitz, offenbar im Hinblick auf die unwürdigen Vorgänge im Reichstag, gesprochen hat, die Reichstagsmehrheit beschlussfähig erhält und sie so in den Stand setzt, alle weiteren Obstruktionsmanöver zu überwinden und den Zolltarif rechtzeitig zum Abschluss zu bringen. Im rechten Augenblick hat jedoch der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Herr von Kröcher mit erschütternder Schonungslosigkeit besonders seinen eigenen Parteigenossen die Wahrheit gesagt. Schon vor mehreren Wochen hatte sich dieser unerschrockene Führer der Konservativen verpflichtet gefühlt, gegen die Schwärmerei seiner politischen Freunde mit Entschiedenheit Front zu machen. Er hatte nach seinem eigenen Willen einen „sehr pointierten scharfen Artikel“ gegen den Ableismus geschrieben und darin die „Schwärmer“ auf der rechten Seite mit Namen aufgeführt. Drei Berliner Zeitungen war der Artikel angeboten worden, aber sie hatten ihn abgelehnt, weil er ihnen zu „höhnend“ erschien. Den wahren Grund hat wohl ein konservatives Provinzialblatt verrathen, als es die Aufnahme mit dem Hinweis verweigerte, „das wäre doch so klug mit diesen Namen“.

Bei dieser peinlichen Scheu konservativer Parteiblätter, bei den Nichtberücksichtigung im eigenen Lager nur ja keinen Anstoss zu erregen, mag man Herrn von Kröcher doppelten Dank sollen für die mannhafte Art, mit der er am Montag in seiner Reichstagsrede seine Parteifreunde zur Pflichterfüllung ermahnt hat. Am letzten Sonnabend war der Reichstag beschlussfähig, weil eine Anzahl Mitglieder der Rechten die Hasen- und Hasenjagd für wichtiger gehalten hatte als die Beschäftigung am Kampf gegen die Revolutionäre. „Das Haus“, sagte Herr von Kröcher, „wäre beschlussfähig gewesen, wenn bloss diejenigen da gewesen wären, die statt des Hasen oder Hasen geschossen haben.“ Gewiss mag es erreglicher sein, dem Jagdsport zu huldigen, als täglich zehn und mehr Stunden lang dasselbe geiststehende und widerliche Schauspiel über sich ergehen zu lassen, das die sozialdemokratische Obstruktionspolitik ausführt. Aber wer sich der Einsicht nicht verschliesst, dass es sich gegenwärtig im Reichstage nicht bloss um das Schicksal der Zolltarifreform, sondern zugleich um die Frage handelt, ob im Reichsparlament die Sozialdemokratie Herrin der Situation sein und damit eine neue wichtige Etappe ihres revolutionären Eroberungsganges erreicht haben soll, dem sollte das „Eifer“, im Reichstage anwesend zu sein und seine Stimme abzugeben, wahrlich nicht allzu schwer fallen. Nach der dröhnenden Ausdrucksweise Friedrich des Großen ist ja solches Eifer in Wirklichkeit gar nichts Anderes als „verfluchte Pflicht und Schuldigkeit“. Was nützt es denn, das in schönen Worten und Zeitungsartikeln, in Flugblättern und Proclamen die Gefahren der Sozialdemokratie in übergebender Weise dargelegt und dabei an den opferwilligen Patriotismus aller staatsbehaltenden Elemente appelliert wird, wenn diejenigen, die als Volksvertreter an erster Stelle berufen sind, das Volk zu thatkräftigem Kampfe gegen den Unsturz zu führen, im Reichstage durch Schwänzen die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen? Nicht mit Unrecht hat Herr von Kröcher auf den Leichtsinn verwiesen, in dem noch unmittelbar vor der grossen französischen Revolution die regierenden Klassen und besonders die oberen Schichten der Gesellschaft dahingelebt haben. Auch damals herrschte die Gewohnheit, die Pflichten dem Vergnügen unterzuordnen, und „viele von den Grand- und kleinen Seigneurs sind erst aus dem Laumel aufgewacht, als sie auf dem Schaffot waren.“ Und täuschen Sie sich nicht,“ sagte der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses hinzu, „unser Leben jetzt hat eine veräusserte Ähnlichkeit damit! Es geht jetzt, meine ich, um Kopf und Stragen; um die Existenz von Allem, was wir halten wollen, handelt es sich nunmehr!“

Wenn auch die Warnung des konservativen Führers insofern nicht wirkungslos geblieben ist, als in den letzten Tagen die Reichstagsparteien im Reichstage beschlussfähig und aktionsfähig gewesen sind, so kann doch nicht einwirklich genug vor jedem Rückfall zur Nichtvergeffenheit gewarnt werden. Es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren, und daher darf nicht ein einziges Mal mehr der Sozialdemokratie der Erfolg verweigert werden, darf sie die beschlussunfähigkeit herbeiführt. Den Obstruktionisten darf ferner kein neuer Winkelsug, durch den die sozialpolitischen Verhandlungen verschleppt werden, gelingen. Gesundheit sollte aber auch nicht dadurch werden, dass innerhalb der Reichstags-

parteien noch fernerhin Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund gestellt und dadurch die Geschlossenheit und Operationsfähigkeit der antisozialdemokratischen Phalanx gefährdet werden. Jetzt sollte nur die Parole lauten: Das Vaterland — nicht die Partei! Wenn es heute unter den Mitgliedern der schuppenschnurigen Mehrheit noch immer etliche giebt, die wirklich der christlichen Ueberzeugung sind, dass die Verständigkeitsaktion nicht den von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Interessen zum Segen gereicht, so sollte doch die Genugthuung über den politischen Erfolg der Verständigung, also die Genugthuung über die erfolgte Sammlung der Ordnungsparteien zur Abwehr der sozialdemokratischen Terrortransaktionen, und das kräftig gedemte Einheits- und Gemeinlaufsensbewusstsein gegenüber der revolutionären Taktik der Unsturzpartei stark genug sein, um den Bericht auf den weiteren Austrag von sozialpolitischen Meinungsverschiedenheiten und Gegenjagen zu bewirken, der doch jetzt als gänzlich erfolglos seinen Zweck mehr haben kann. Ein übliches Beispiel der Parteidisziplin giebt das Centrum; hier sind alle dissentierenden Stimmen verstummt, während die Mitglieder der übrigen Parteien und Gruppen der Mehrheit noch immer dem verberlichen Sange zur Uneinigkeit huldigen. „Es ist überaus naiv“, sagt der „Schwäbische Merkur“, „dass in einer Zeit, in der die nationalliberale Fraktion des Reichstags in einem schweren Kampfe steht, gute Freunde ihren Parteiführern in den Rücken fallen. Diejenigen, die sich einer solchen Disziplinlosigkeit schuldig machen, verdienen erstens Tadel.“ Und in demselben Sinne tadelt der konservative Reichstagsabgeordnete, die diese Opposition gegen die Verständigung in Reden und Resolutionen fortführen: „Sie würden besser thun, wenn sie jetzt im Reichstage blieben und an der Abstimmung theilnahmen, als im Lande herumzurreisen und die Bayern gerade gegen die Reichstagsparteien aufzuregen, welche sich für ihr Wohl mit den Sozialdemokraten herumschlagen“.

Herr von Kröcher hat in der angeführten Rede u. A. auch die Organisationsfrage der bürgerlichen Parteien und ihrer Führer betont. Aber Organisationsfragen sind durchweg auch die Bestreben der verbündeten Regierungen. „Wir haben unter den Ministern“, sagte der konservative Führer, „von von Bismarck zu Schweigen, keinen Hohn und keinen Mauerwurf.“ Das Verhalten der Regierung zu dem Kampfe, der jetzt im Reichstage gegen die Sozialdemokraten geführt wird, fällt allerdings unter das Kapitel: „Organisationsfrage“. Es mag hier nochmals daran erinnert werden, dass der einmüthige Versuch, die Geschäftsordnung des Reichstags zu dem Zwecke der Eindämmung der revolutionären Propaganda im Reichstage zu ändern, von dem kürzlichen Bismarck ausgegangen ist. Seitdem ist fast ein Menschenalter verstrichen und heute macht es fast den Eindruck, als ob die Regierung mit peinlichster Sorgfalt bemüht sei, dem Kampfe gegen die sozialdemokratische Obstruktion als völlig neutraler Zuschauer gegenüberzutreten. Und doch handelt es sich hierbei um die Frage, ob im Reichstage der legitime Mehrheitswille herrschen soll oder die Unsturzpartei! Trotz aller Anpassungen von oppositioneller Seite hat es vorgezogen Graf von Bismarck entschieden abgelehnt, Stellung zu nehmen. Bei dem Herrn Staatssekretär des Innern darf man sich freilich hierüber nicht mehr allzu sehr wundern: hat er doch vor vier Jahren im Reichstage bei der Erörterung der antisozialdemokratischen Thätigkeit der bürgerlichen Klassen unter dem wohlwollenden Beifall der Sozialdemokratie das Schwergewicht darauf gelegt, dass sich das deutsche Volk wieder etwas mehr als das „Volk der Denker und Träumer“ bethätige. Ich kann nicht finden, hat damals Herr von Kardorff zu dem sozialdemokratischen Trümpferprogramm der Bekämpfung der Sozialdemokratie erklärt, dass die Regierung die Thatkraft zeigt, wie sie unter dem Fürsten Bismarck zu finden war. Diese kardorff'sche Kritik trifft auch heute noch zu.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. Dezember.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)
Berlin, (Priv.-Tel.) Reichstag, (Fortsetzung aus der Abendausgabe.) Abg. Stadthagen kritisiert zur Geschäftsordnung das Verfahren der Mehrheit, Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung gleichsam in Blanco einzubringen. Es sei ganz unzulässig, die Mehrheit durch Herrn Spahn eine Blanco-Vollmacht hinzulegen, die sofort, wenn die Linke einen Antrag dem Präsidenten übergebe, von dem Schriftführer ausgeführt werde. Es sei das gar nicht das Amt dieser Leute — dieser Herren — Vizepräsident Graf Stolberg bezeichnet es als unzulässig, von den Schriftführern als von „diesen Leuten“ zu sprechen. — Abg. Stadthagen: Herr Präsident, ich habe mich auch sofort berichtigt und hinzugesagt: dieser Herren. — Vizepräsident Graf Stolberg: Das habe ich allerdings überhört. — Abg. Stadthagen: Ich hätte mir gewünscht, dass die Herren die Vollmacht nicht annehmen. — Abg. Spahn befreit, dass solche Blanco-Anträge eine Verletzung der Geschäftsordnung einschließen. Was die Vorzüge von vorgin anlangt, so liegt demselben allerdings ein Widerspruch zu Grunde; aber auch ohne ein solches Widerspruchsverständnis hätten die Sozialdemokraten derartige Vorschläge herbeigeführt. (Lebhafter Widerspruch links.) — Abg. Bebel widerpricht dem. In dem heutigen Halle hätten keine Freunde, als ich glaubte, dass ihnen Unrecht geschähe, den Präsidenten doch ausdrücklich durch Rufe: Zur Geschäftsordnung! darauf aufmerksam gemacht. Da sei es nun die Rechte gewesen, die geklärt habe. (Zehr richtig! links. Widerspruch rechts.) — Abg. Köpcke-Deffau stellt gegenüber einer Aeusserung Spahn's noch

fest, dass kein Antrag vorhin zweifellos zulässig gemeint sei. — Hieran schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob der Präsident vorhin einen Tagesordnungsantrag neben Debate und Beschluß darüber zugelassen habe oder einen Antrag (den Antrag Köpcke), den der Präsident selber zur unzulässig erklärt hatte. — Darauf referirt Abg. Gothen über die Positionen Herr, Tackach, Schlempe, Kuchel, Weintreiber, ferner Ergebnisse der Währungs- und Genusmittel gemerbe, als Badner, Judermet, Chocobade, Maxarin, Mangarische, Hauptpreisset, eingebote Milch, Kottirich, Offen, Anstalt, Kommeren, Labalabrante. — Gleich zu Beginn des Vortrags liest das Haus aus dem Bericht des Redner, der sich ausführlich auf die Verhandlungen in der Kommission und auf die zu den einzelnen Positionen eingehenden Positionen einwirft. Als der Redner um 4 Uhr endet, nimmt Abg. Braemel zur Geschäftsordnung das Wort, um zu sprechen über die Behandlung der Verhandlungen der Verhandlungen im Interesse der Gesundheit der Mitglieder des Hauses. Redner weist hin auf die niedrige Temperatur, die sich bemerkbar mache. Er ertheilt den Antrag, dass in diesem Saale Einrichtungen getroffen werden, um die Gesundheit der Mitglieder vor Schädigungen zu bewahren. Insbesondere müsse für warme Hüte gesorgt werden. Dazu komme die lange Dauer der Sitzungen, die allen Grundrissen moderner Hygiene und moderner Sozialpolitik ins Gesicht schlage. — Präsident Graf Balleström: Die Verhältnisse in der Temperatur werde ich untersuchen und event. abstellen lassen; gegenüber Ausrüstung der Beamten in Vorlesung getroffen. — Abg. Heine (Zog): Ich möchte nur die Bemerkung des Abgeordneten Braemel über die Temperatur nicht unüberprüft lassen. Wir sind hier ganz kühl (Wetterteil), und befinden uns wohl dabei. Was die Herren rechts anlangt, so glaube ich, dass wir denselben genügend einseitig haben. (Beifall.) — Abg. Stolle (Zog) beantragt Ausdehnung der Tagesordnung auf den Abend. — Abg. Zache (Zog) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag und zugleich Rückverweisung der betreffenden Anträge. — Abg. Stadthagen (Rechts) beantragt, alle Positionen des Gothen'schen Referats zurückzuverweisen. — Abg. Spahn (Centr.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über alle auf Rückverweisung von Positionen des Referats vorliegenden Anträge. — Der Antrag Spahn wird mit 27 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. — Abg. Graf Hompeich (Centr.) beantragt jetzt um 5 Uhr eine zweistündige Ruhepause und Wiederbeginn der Sitzung um 7 Uhr. — Gegen die Stimmen der Linken, mit Ausnahme Braemel's, wird der Antrag angenommen. (5 1/2 Uhr dauert die Sitzung noch an. Fortsetzung ebent. Seite 4.)

Berlin, (Priv.-Tel.) Die Unterbrechung der Reichstagsitzung ist erfolgt im Hinblick auf die für den Abend anstehenden 27 sozialdemokratischen Referatsanträge. Nach dem Austritt des Abg. Singer und der dadurch veranlassenen Pause gewann der Plan Gehalt. Andererseits hätte man sich gar nicht um die Veranlassungen kümmern, sondern abwarten, so lange es ging, das heißt, die Verhandlungen hätten bei dem frühen Beginn um 10 Uhr Vormittags (schwerlich weit über 7 oder 8 Uhr) sich ausgedehnt. — Der Abgeordnete Singer ist, wie sich auch aus dem ausführlichen Bericht ergibt, auf die Verständigung des Vizepräsidenten Grafen Stolberg hin, dass er ihn von der Sitzung auslösche, weiter im Saale verblieben. Der Vizepräsident hatte zu seinen Entschlossen und seinen Willens, nicht auch die Aufforderung angegriffen, den Saal zu verlassen; Singer nahm denn auch nach der Pause wieder unter den „Genossen“ Platz, galt aber für den amtlichen Gang der Verhandlungen als nicht anwesend. Der die Sitzung leitende Vorsitzführer nahm den ihm von Abg. Singer zugesandten Zettel nicht entgegen. In Abgeordnetenkreisen erregt das Verhalten des Abg. Singer um so stärkeres Entsetzen, als das von ihm bekleidete Amt eines Vorsitzenden der Geschäftsordnungskommission ist, wenn überhaupt, gerade bei dieser Vorlesung verpflichtet wurde, die Abhaltung der Reichstagsarbeiten nicht bis auf die äußerste Spitze zu treiben. — Zur die Reichstagsarbeiten ist heute im Reichstage eine besondere Veranlassung eingetreten worden.

Berlin, (Priv.-Tel.) Der Bundesrath stimmte heute den Vorlagen betr. Erlaubnisschein zur Veranstaltung öffentlicher Ausstellungen nach dem sogenannten Bundesrat und der Ausführung besonderer Vorschriften für die Herstellung verschiedener bedingungsweise zugelassener Gewerbebetriebe am elektrischen betriebenen Eisenbahnen mit Zustimmung zu.

Berlin, (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat sich bei der Nahe in den oberirdischen Revieren eine letzte Anwesenheitsbesuch gemacht. Man hofft bestimmt, die neue Anpflanzung in Luzern bei zu belegen. Der Kaiser wird sich morgen von Ostpreußen nach Breslau und von dort nach Triebitz begeben.

Berlin, (Priv.-Tel.) Für die von Reichs-Verordneten, ihrer Vollendung entgegenstehende ständige Anstellung von Arbeitermehrfahrer, die im Anstalt eröffnet wird, ist ein Rath gebildet worden. Der Rath unter Vorsitz des Grafen Bismarck'sche eine erste Sitzung abhielt. Graf Bismarck'sche leitete die Verhandlungen durch eine Ansprache ein, in der er ausführte, die Anstellung solle vor Allem auf dem Gebiete der Unfallversicherung unter Beteiligung der Arbeitgeber, der Arbeiter, der Angenieur und anderer Sachkenner, anregend und belehrend wirken, und so zur Fortleitung der auf diesem Gebiete hervortretenden Fragen beitragen. Durch die öffentliche Anstellung eine Anzahl solcher Sachkenner, die bei dem ständigen Fortschreiten der Technik vielleicht nach und nach auf dem Gebiete der Unfallversicherung herabstufen würden, könne dieser Zweck nicht erreicht werden. Weibens Reichs-Verordnete, die Anstellung solle erhalten, wenn sie den Reichs-Verordneten in ununterbrochenem Wechsel stets die neuesten Erfahrungen zur Verfügung von Unfällen vorbrähe, und wenn sie Gelegenheit biete, die Wirkung der angeordneten Schutzmaßnahmen während des Betriebs der gefährlichen Maschinen zu beobachten. Ergänzend hinzutreten müsse ferner die praktische Erläuterung der einzelnen Schutzfälle durch belehrende Vorträge für Arbeitgeber und Arbeiter. Die Aufgabe des Instituts solle indes nicht auf Unfallversicherung beschränkt bleiben, sondern die allgemeinen Fragen der Gewerbebetriebe mit umfassen; neue Einrichtungen zum Schutze gegen die sogenannten Gewerbebeschwerden, die ja vielfach als die mittlere Ursache der Unfälle anzusehen seien, würden daher in gleicher Weise zur Ausheilung gelangen. In den Verhandlungen, in deren Verlauf zahlreiche

Erlebe und Kinder-
Milch
Erdbeeren-
Pflanzung